

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d.



## Inhalt

Heinz O. Vetter MdEP,  
stellt fest, daß am 6.  
März die Entscheidung  
über den sozialen Frieden  
fällt: Nur zusammen mit  
der Arbeitnehmerschaft.

Seite 1

Heinz Westphal MdB weist  
der Rechtskoalition nach,  
daß sie bei der Lebens-  
arbeitszeitfrage täuscht:  
Falsches Spiel.

Seite 4

Karl Liedtke MdB betont,  
daß auch bewährte Elemente  
des Dienstrechtes weiter  
entwickelt werden müssen:  
Berufsbeamtentum in der  
Sackgasse? Seite 5

Helmut Esters MdB führt  
den Nachweis, daß bei der  
Union hehre Versprechen  
zum Papperlapapp verkom-  
men: Worte und Taten.

Seite 7

38. Jahrgang / 21

31. Januar 1983

Nur zusammen mit der Arbeitnehmerschaft

Am 6. März fällt die Entscheidung über den sozialen Frieden  
unseres Landes

Von Heinz O. Vetter MdEP

Am 6. März werden die Weichen für die Zukunft der Bundes-  
republik gestellt. Zwar übertreibt der Bundeskanzler, wenn  
er die vermeintliche Entscheidung über seine Person durch  
die deutschen Wähler an diesem Wahltag für eine historische  
Entscheidung hält - diesem Anspruch werden die historisch  
eher kläglichen Umstände nicht gerecht, unter denen sich der  
Wechsel von Bundeskanzler Helmut Schmidt auf Helmut Kohl  
vollzog.

Aber dennoch: Am 6. März wird über die Frage abgestimmt, ob  
sich der Sozialstaat Bundesrepublik zum europäischen Vorhof  
einer Wirtschafts- und Finanzpolitik entwickeln wird, die  
derzeit in den Vereinigten Staaten zu einer Massenarbeitslo-  
sigkeit geführt hat, deren soziale Auswirkungen noch gar  
nicht in ihrem großen Umfang erkennbar sind.

Billigerweise kann man von der jetzigen Bundesregierung noch  
kein geschlossenes Konzept zur künftigen Wirtschafts- und  
Sozialpolitik erwarten. Das hat seinen Grund auch darin, daß  
offenkundig die jetzt in Bonn Regierenden mehr Zeit für Wen-  
demanöver als zum Nachdenken verwandt haben. Die Zeit nach  
dem Wechsel in Bonn haben die einen dann zu einer Art hek-  
tischer Reisediplomatie und die anderen zur ununterbrochenen  
Abgabe unverblümter Sprüche zur Profilierung der eigenen  
Persönlichkeit verwandt.

Nichts von dem, was vor dem Regierungswechsel angekündigt  
wurde als "Wende zum Besseren" ist eingetreten: Die Arbeits-  
losigkeit steigt unvermindert an und wenn man die jüngsten  
Firmenzusammenbrüche und Entlassungen nimmt, dann kann man  
sich nur schwer des Eindrucks erwehren, als ob mit dem Wech-  
sel in Bonn nun alle Dämme gebrochen sind und soziale Ver-  
antwortung der Unternehmer zu einem Mangelartikel geworden  
ist.

Auch wir Sozialdemokraten können nicht so tun, als ob wir  
allein in der Lage wären, Vollbeschäftigung wiederherzustel-

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Verantwortungsbereich  
aus dem Bereich Politik  
Anzahl: 10000



len. Das lag in der Vergangenheit nicht nur am liberalen Klotz am Bein der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Das lag und liegt auch daran, daß fast alle Gruppen unserer Gesellschaft viel zu spät die Bedeutung und die Folgen des technischen Wandels für unser Leben erkannt haben. Auf den weichen Daunen des ständigen wirtschaftlichen Wachstums haben wir alle uns zu lange ausgeruht und sicher gefühlt.

Aber es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen sozialdemokratischer und konservativer Politik: Wir halten die Arbeitslosigkeit nicht für einen natürlichen Bestandteil des strukturellen Wandels. Die Konservativen hingegen halten sie für unvermeidlich - einige von ihnen sogar für wünschenswert, weil nur so das sogenannte "Anspruchsdenken" wieder abgebaut werden könne.

Was heißt das im Klartext? Das soziale Netz ist nicht an einem Tag gestrikt worden. Die Arbeitnehmer haben mit ihren Gewerkschaften jeden sozialen Fortschritt mühsam erkämpfen müssen. Lassen wir nicht zu, daß am 6. März 1983 die sozialen Fortschritte von drei Jahrzehnten an einem Tag entscheidend zurückgenommen werden.

Und diese Gefahr besteht. Wie sonst sollen wir denn die zahlreichen Äußerungen der regierenden Politiker interpretieren, die an die Opferbereitschaft der Arbeitnehmer, der Rentner und der Sozialhilfeempfänger appellieren? Diese Appelle gehen im Grunde nur in eine Richtung. Wenn die Mitglieder der Bundesregierung auf einige Hundert Mark im Monat verzichten, dann schwächt das ihre Kaufkraft nicht. Wenn die deutschen Zahnärzte den Gürtel enger schnallen, dann ist das kein Notopfer im Geiste der Solidarität. Das sind nichts anderes als propagandistische Almosen, die denen, die am wenigsten haben, den Verzicht, der ihnen abverlangt wird, schmackhaft machen soll. Das ist soziale Demagogie. So lassen sich die Probleme nicht lösen.

Sozialpolitik muß sich im Rahmen der Wirtschaftskraft bewegen. Das ist klar. Das haben wir auch nie bestritten. Aber das Prinzip der solidarischen Sozialstaatlichkeit kann nicht bei jeder Krise zur Verhandlungsmasse werden. Gerade jetzt brauchen wir eine Sicherung unserer Arbeitslosenversicherung. Man kann doch nicht im Ernst an denen sparen, bei denen nichts zu holen ist und die Hilfe dringend nötig haben. Wie es mit dem sozialen Mut dieser Regierung bestellt ist, die ja nach Norbert Blüms Auskunft nur eine Art Reparaturwerkstatt ist, zeigt sich am deutlichsten bei der sogenannten Zwangsanleihe.

Für eine Solidaritätsabgabe der Besserverdienenden hätte es doch - wenn die CDU gewollt hätte - eine parlamentarische Mehrheit gegeben. Sie ist von der Partei der Wende nicht in Anspruch genommen worden.

Keine Regierung wird es leicht haben. Auch eine sozialdemokratische nicht. Wenn die vor uns liegenden Herausforderungen gelöst werden sollen, dann geht das nur zusammen mit der Arbeitnehmerschaft dieses Landes. In der derzeitigen Koalition sitzt die Arbeitnehmerschaft nur am Katzentisch.

Wir brauchen eine Politik, die von folgenden Voraussetzungen ausgeht:

1. Die Zeit hohen wirtschaftlichen Wachstums ist vorbei. Das bedeutet: Wir müssen den Reichtum, der nach wie vor in dieser Gesellschaft erarbeitet wird, so verteilen, daß das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit gewahrt bleibt. Dazu brauchen wir eine veränderte Verteilungspolitik.
2. Die technischen Veränderungen, denen wir in allen Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen unterliegen, können nicht aufgehalten, aber sie müssen kontrolliert entwickelt werden. Sonst besteht die Gefahr, daß Arbeit zu einem Privileg und Arbeitslosigkeit zum Normalfall wird.



3. Die Menge an traditioneller Arbeit wird immer kleiner. Die neuen Techniken schaffen neue Arbeitsplätze - aber sie schaffen nicht genug neue Arbeitsplätze, um nach unseren bisherigen Vorstellungen Vollbeschäftigung wiederherstellen zu können. Also brauchen wir eine andere Verteilung der Arbeit, eine fortlaufende Umverteilung der Arbeit, die Schritt hält mit den Auswirkungen der neuen Technik.
4. Wir brauchen eine Anpassung der beruflichen Bildung an die Erfordernisse der neuen Technik. Wir brauchen auch eine Integration der neuen Technik in die normale schulische Bildung. Wir müssen lernen, mit den neuen Techniken umzugehen. Sonst werden nicht wir die neue Technik beherrschen, sondern die neue Technik uns.
5. Wer über die neue Technik verfügt, der hat Macht im umfassenden Sinne. Der Gefahr neuer Machtkonzentrationen an den demokratischen Institutionen vorbei müssen wir durch Verteilung der Macht begegnen. Die Forderungen der deutschen Gewerkschaften nach Mitbestimmung, nach Wirtschaftsdemokratie erhalten dadurch neues Gewicht.

Ich halte die überwiegend von konservativen Kräften geführte Bonner Regierung nicht für in der Lage, diesen Herausforderungen zu begegnen, ohne daß der relative soziale Friede, der immer auch eine Bedingung für die politische Stabilität in Deutschland war, gefährdet wird.

Wir brauchen mehr denn je eine starke Sozialdemokratie. So schön wie für den einen oder anderen die Arbeit in der parlamentarischen Opposition auch sein mag, wie leicht und frei auch die Gedanken in der Opposition sich entfalten können - wir brauchen keine starke sozialdemokratische Opposition, sondern eine von einer starken Sozialdemokratie geführte Bundesregierung. (-/31.1.1983/ks/ca)

+ + +



Falsches Spiel  
-----

Die Rechtskoalition täuscht bei der Lebensarbeitszeitfrage

Von Heinz Westphal MdB

Mitglied der Regierungsmannschaft des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel

Die Bundesregierung der Rechtskoalition im allgemeinen und Bundesarbeitsminister Blüm im besonderen verlieren mehr und mehr ihre Glaubwürdigkeit auf dem Felde der Sozialpolitik.

Einen neuen Beweis dafür liefert der neue Jahreswirtschaftsbericht unter dem Stichwort "Lebensarbeitszeit" "Die Bundesregierung", so heißt es dort, "sieht insbesondere in Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien zu größerer Flexibilität der Lebensarbeitszeit einen geeigneten und zugleich den Besonderheiten der Wirtschaftszweige Rechnung tragenden Weg. Sie ist bereit, in weiteren Gesprächen mit den Tarifvertragsparteien zu klären, welche Regelungen und Beiträge aller Beteiligten notwendig sind. Die Regelungen müssen - insbesondere angesichts der demographischen Entwicklungen - reversibel sein und dürfen zu keiner Belastung der gesetzlichen Rentenversicherung führen."

Um zu zeigen, wie es in dieser Frage um die Glaubwürdigkeit der Rechtskoalition bestellt ist, braucht man nur daran zu erinnern, daß die SPD-Bundestagsfraktion bei der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 mit einem Entschließungsantrag die Bundesregierung aufgefordert hat, einen Gesetzentwurf über eine sogenannte Vorruhestandsregelung vorzulegen, um mögliche Anstrengungen der Tarifvertragsparteien zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit bis Ende 1989 durch eine gesetzliche Geldleistung zu ergänzen und damit zu fördern. Dem vorzeitig ausscheidenden älteren Arbeitnehmer sollte danach mindestens ein Betrag in Höhe des Arbeitslosengeldes zur Verfügung stehen. Die Finanzierung sollen sich die Bundesanstalt für Arbeit und die Tarifvertragsparteien teilen und die auf diese Weise freiwerdenden Arbeitsplätze sollen mit Arbeitssuchenden wiederbesetzt werden.

Der Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion wurde von CDU, CSU und FDP nicht gestimmt. Dies freilich hält die Bundesregierung und den derzeitigen Bundesarbeitsminister nicht davon ab, der Öffentlichkeit einzureden, sie seien Befürworter einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Offenbar soll von dem tatsächlichen und unsozialen Ansinnen der Rechtskoalition abgelenkt werden, ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben mit sogenannten versicherungsmathematischen Abschlägen bei der Rente zu verbinden. Dieser Weg hätte Rentenkürzungen bis zu 30 Prozent zur Folge. Er würde die Rentner in zwei Klassen spalten: Die eine könnte sich dank ihres hohen Alterseinkommens den vorzeitigen Rentenbezug leisten, die anderen jedoch nicht.

(-/31.1.1983/ks/ca)

+ + +



Berufsbeamtentum in der Sackgasse?  
-----

Auch bewährte Elemente des Dienstrechts müssen weiterentwickelt werden

Von Karl Liedtke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Im März dieses Jahres werden zehn Jahre vergangen sein, seit die Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts ihre Arbeiten abgeschlossen hat. Die Bilanz nach zehn Jahren ist alles in allem ernüchternd: Zwar konnten wichtige Schritte zur Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechts, zum Beispiel die Besoldungsvereinheitlichung oder Verabschiedung des Bundespersonalvertretungsgesetzes, durchgesetzt werden. Die Studienkommission wollte aber vor allem die funktionsorientierte Vereinheitlichung des öffentlichen Dienstrechts erreichen. Dieses zentrale Anliegen ist stecken geblieben. Dafür gibt es viele Ursachen. Dem Bundesverfassungsgericht ist in diesem Zusammenhang der Vorwurf zu machen, in seiner Rechtsprechung zu den "hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums" (Artikel 33, Absatz 5 Grundgesetz) das Berufsbeamtentum zu starr festgeschrieben zu haben, so daß es von einer flexiblen Weiterentwicklung weitgehend abgeschottet ist.

Die Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes bleibt dessen ungeachtet notwendig, sie darf trotz der Schwierigkeiten nicht liegen gelassen werden. Leitlinie unserer Politik ist unter den gegebenen Umständen vor allem die Sicherung der sachgerechten Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes, eine angemessene Bezahlung der Beschäftigten und die Beseitigung beziehungsweise Verhinderung von Spannungsverhältnissen zwischen einzelnen Beschäftigtengruppen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben Anspruch auf Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten erfordert das auch von ihnen die Bereitschaft, notwendige Lasten je nach Höhe ihres Einkommens mitzutragen. Für bedenklich halte ich die Ankündigung des Bundesinnenministers, daß "Leitlinie der Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes die Stärkung des bewährten Berufsbeamtentums" sein soll. Abgesehen davon, daß die praktische Politik der jetzigen Bundesregierung dem eklatant widerspricht - eine derartige einseitige Identifizierung der Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes mit dem Berufsbeamtentum würde zwangsläufig zu vermehrten Konflikten und damit letztlich in die Sackgasse führen. Es muß vielmehr darum gehen, bewährte Elemente der heutigen Dienstrechtssysteme zusammenzufügen. Beispielsweise sollte die Beamtenbesoldung - ähnlich wie die Bezahlung der Arbeiter und Angestellten - funktionsorientierter gestaltet werden. Die Verwirklichung dieses Ziels ist in einer Zeit knapper Haushalte sicher nicht leichter geworden.

Die gegenwärtige Diskussion befaßt sich notgedrungen weniger mit Reformfragen und mehr mit Sparmaßnahmen. Aber auch dabei wirft die Dreiteilung des öffentlichen Dienstes in Beamte, Angestellte und Arbeiter besondere Probleme auf: Angesichts der unterschiedlichen Regelungen und Regelungskompetenzen im Gesetzes- und Tarifbereich ist eine gerechte Belastung der Beschäftigten bei Sparmaßnahmen äußerst schwierig. Teilweise können Sparmaßnahmen deshalb auch kaum verständlich gemacht werden. So wurde die von der sozialliberalen Bundesregierung vorgeschlagene dreimonatige Besoldungsverschiebung der Beamten gegenüber dem Tarifbereich vielfach nicht akzeptiert, weil sie nur schwer als ein Ausgleich dafür verständlich gemacht werden konnte, daß Beamte nicht wie Angestellte und Arbeiter durch steigende Sozialausgaben belastet werden. Dennoch muß sich die SPD-Bundestagsfraktion grundsätzlich auch künftig Regelungen in dieser Richtung vorbehalten.



Das Besoldungsanpassungsgesetz 1983 hat die SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt, weil die Vorabregelung in diesem Jahr - verbunden mit der Drohung an die Gewerkschaften, einen teureren Tarifabschluß durch Stellenabbau auszugleichen - in die Tarifautonomie eingreift.

Damit soll eine gesetzliche "Lohnleitlinie" gesetzt werden. Wir werden im Falle der Regierungsübernahme diese "Lohnleitlinie" aufheben und die diesjährige Besoldungsanpassung der Beamten auf der Grundlage des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst überprüfen. Wir bleiben also dabei, daß das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst als Grundlage für die Besoldungsanpassung der Beamten genommen wird.

In einer Zeit knapper öffentlicher Haushalte ist zu befürchten, daß die Nachteile der Teilung des öffentlichen Dienstes in einen Gesetzes- und Tarifbereich deutlicher werden. Es wird erhebliche Anstrengungen und den guten Willen auf allen Seiten erfordern, solche Nachteile gering zu halten und der Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstes im Interesse seiner Beschäftigten das notwendige Gewicht beizulegen. Wir wissen, daß dies vor allem auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erfordert.

(-/31.1.1983/ks/ca)

+ + +



Worte und Taten  
-----

Bei der Union verkommen hehre Versprechen zum Papperlapapp

Von Helmut Esters MdB

Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Die große Gemeinschaftsaufgabe, von der die drei Bundestagsparteien bei den Haushaltsberatungen mit Blick auf die schwierigen Probleme der nächsten Jahre übereinstimmend gesprochen haben, droht durch die Art und Weise, mit der der Wahlkampf begonnen hat, bereits jetzt unmöglich gemacht zu werden. Dabei geht es nicht darum, daß in der Sache hart und auch vergrößert gestritten wird. Unerträglich ist vielmehr, wenn unter Anwendung geradezu kriegswissenschaftlicher Methoden - um mit Kurt Schumacher zu sprechen - ein persönlich gehaltener Vernichtungsfeldzug gegen den politischen Gegner geführt wird, der das notwendige Aufeinanderzugehen nach der Wahl dauerhaft gefährdet.

Im Bewußtsein dessen, daß auf dem Dortmunder Wahlparteitag der SPD durchaus harte Worte gefallen sind, sucht doch die gegenwärtige Kampagne der CDU und die Sprache, die sie in ihrem Wahlprogramm führt, ihresgleichen. Sie bestreitet insbesondere durch die gewissenlose Verwendung von Verleumdungen wie Lüge und Betrug den sozialdemokratischen Abgeordneten die moralische Qualität. Es ist bezeichnend, daß der so fanatisch gestimmte Urheber der Vorwürfe, der Generalsekretär der CDU und zugleich ihr Ideologeminister, noch in keinem Bundestagsausschuß wirklich mitgearbeitet hat, und von der unerläßlichen parlamentarischen Kollegialität offenbar keinen Begriff hat.

Es ist nicht notwendig, auf jeden groben Klotz einen groben Keil zu setzen. Aber wenn schon mit Lügenhaftigkeit operiert wird, ist zu bedenken:

- Die CDU versprach den Wirtschaftsaufschwung schon durch bloßen Regierungswechsel und wußte genau, daß die von ihr geleugneten weltwirtschaftlichen Ursachen der Krise fortbestehen würden.
- Sie bezeichnet die Staatsverschuldung als ein Attentat auf künftige Generationen, nur um selbst die Bundesrepublik in das Rekorddefizit des Haushalts 1983 zu führen.
- Sie hat die Einstellung des Bundesbankgewinns in frühere Haushalte kritisiert, um beim Haushalt 1983 genau dasselbe zu tun.



- Sie war gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, um selbst die Umsatzsteuer ab 1. Juli 1983 zu erhöhen.
- Sie war gegen eine Ergänzungsabgabe, beschließt dann per Gesetz die rückzahlbare Investitionshilfeabgabe und kündigt jetzt, nachdem den abhängig Arbeitenden diese Aufgabe im Gegensatz zu den Selbständigen bereits einbehalten wird, die Nicht-rückzahlung an und damit die Umwidmung in die Ergänzungsabgabe. Sie relativiert diese Ankündigung, die doch der sozialen Symmetrie dienen soll, in einem Atemzug, indem sie zum Ausgleich weitere steuerliche Entlastungen des Mittelstandes ankündigt, die sie aber wiederum unter den Finanzvorbehalt stellt. Sie unternimmt all dies, obwohl sie weiß, daß die Nichtrückzahlbarkeit der Abgabe mit eben der Koalition nicht möglich ist, die von ihr öffentlich angestrebt wird, und stiftet diesen Wirrwarr offenbar in der Absicht, dem potentiellen Koalitionspartner FDP die Luft zum parlamentarischen Überleben zu verschaffen - soziale Gerechtigkeit als Spielball eines Machterhaltungskalküls.

Hans Mundorf, stellvertretender Chefredakteur des liberal-konservativen Handelsblattes, schreibt am 17. Januar 1983:

"An der Union, wie sie sich im Jahre 1983 darstellt, sind zwei Phänomene bemerkenswert: Der Dilletantismus, mit der nach langen Jahren der Vorbereitung auf die Regierung das Kabinett Kohl die Macht verwaltet, und der Zynismus, mit dem alles das, was in jenen Jahren von der Union mit bisweilen unerhörtem Pathos an Grundsätzlichkeiten vorgetragen wurde, nun von der Union selbst zum ideologischen Papperlapapp erklärt wird."

Wer die Betrugs- und Lügenkampagne seitens der CDU über sich ergehen lassen muß, der wird zusätzlich fragen, ob die Ankündigung des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung, er strebe eine geistig-moralische Wende und eine grundsätzliche Gemeinsamkeit aller Demokraten an, ebenfalls einfach der Kategorie des Zynismus zuzuordnen ist.

(-/31.1.1983/vo-he/ca)

+

+

+

